



Seit über 50 Jahren wird das vereinte Europa immer wichtiger, immer mächtiger – trotz aller Krisen. Dieser Prozess setzt sich fort. Im Alltag der Bürger und auf der Weltbühne der Politik. Die Serie „Fokus Europa“ zeigt

bis zur Europawahl im Juni 2009, wie die EU funktioniert. Zum Auftakt erläutert der Vizepräsident der EU-Kommission, Günter Verheugen, warum die Brüsseler Bürokratie dringend entschlackt werden muss.

„Bürokratieabbau ist wirtschaftlich und politisch wichtig“

EU-Kommissionsvizepräsident Verheugen will besonders kleinen und mittleren Unternehmen helfen – und das Image der EU aufpolieren

Weniger Bürokratie und einfachere Gesetze – das sind die Ziele des Vizechefs der EU-Kommission Günter Verheugen. Vor allem Entlastungen für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) hat er dabei im Blick. Im Interview erläutert Verheugen seine in dieser Woche von der EU-Kommission beschlossene Initiative „Small Business Act“ – eine Art EU-Mittelstandsgesetz.

Von Giorgio Tzimurtas

Frage: Herr Kommissar Verheugen, weshalb gehört der Bürokratieabbau zu den dringlichsten Aufgaben in der Europäischen Union?

Verheugen: Aus politischen und aus wirtschaftlichen Gründen. Aus politischen, weil Europa bei vielen Bürgerinnen und Bürgern ein schlechtes Image hat. Das hängt vor allen Dingen damit zusammen, dass Europa als eine Einrichtung empfunden wird, die sich überall einmischt, überall kompliziert regelt und teuer ist. Dieses Bild ist zwar falsch, aber die Auffassung ist weit verbreitet. Wirtschaftlich ist der Bürokratieabbau wichtig, weil Bürokratiekosten unsere Unternehmen in unnötiger Weise belasten. Wir landen da bei erschreckenden Summen. Diese Kosten sind zum großen Teil unnötig.

Frage: Welches konkrete Ziel haben Sie?

Verheugen: Bis zum Jahr 2012 wollen wir die auf den europäischen Unternehmen lastenden Bürokratiekosten um 25 Prozent verringern. Wir sind im Augenblick dabei, überall in den Mitgliedsländern diese Kosten zu messen, um genau herauszufinden, wo sie herkommen. Anschließend werden wir die entsprechenden Vereinfachungsvorschläge machen. Aber das ist nur ein Teil des gesamten Projektes. Der andere Teil, der schon lange läuft und sehr gut vorankommt, ist eine grundlegende Modernisierung des gesamten europäischen Rechtsbestandes. Dieses Vorhaben wollen wir bis zum Jahr 2009 abschließen. Es führt ebenfalls zu einer großen Vereinfachung.

Frage: Um wie viele Gesetze geht es bei der Rechtsvereinfachung?

Verheugen: Bei der Rechtsvereinfachung, die übrigens auch zu Kostenentlastungen führen wird, haben wir etwa 170 Initiativen vorgesehen, die teilweise sehr viele Rechtsakte abdecken. Die Zahl der Rechtsakte, die dabei geändert werden muss, kann über 1000 liegen. Und es wird zu einer Reduzierung der Seitenzahl im Europäischen Gesetzbuch um etwa 20 000 Seiten führen.



„Weniger kann mehr sein“ – nach dieser Maxime will Günter Verheugen, für Unternehmen und Industrie zuständiger Vizepräsident der EU-Kommission, handeln. Seinen EU-Beamten musste er zunächst klar machen, dass sie radikal umzudenken haben.

Foto: Tzimurtas

Frage: Wie weit sind Sie da bereits?

Verheugen: Von den geplanten 170 Initiativen haben wir bereits über 100 vorgelegt. Und noch in diesem Jahr folgen etwa weitere 50, der Rest kommt im nächsten Jahr. Bei dem Vereinfachungsprojekt kann der Zeitplan mit Sicherheit eingehalten werden, auch wenn es am Anfang Probleme gegeben hat. Aber das ist alles überwunden.

Frage: Sie meinen vermutlich die Kommissionsbeamten. Welche Schwierigkeiten gab es genau?

Verheugen: Es gibt Leute, die dazu erzogen waren zu glauben, dass sich Europa in Rechtssetzung verwirklicht und die in der Vorstellung leben, je mehr Regelungen wir haben, desto mehr Europa haben wir. Diesen Leuten musste ich sagen: Weniger kann mehr sein. Das setzt ein ra-

dikales Umdenken voraus. Das dauert seine Zeit. Ebenso ist es notwendig, dass auch die politische Führung jedes einzelnen Landes die Entbürokratisierung als hohe politische Priorität betrachtet. Auch das hat ein bisschen gedauert. Bürokratiekosten für Unternehmen stammen nur zu 50 Prozent aus Europa. Der andere Teil ist rein national.

Frage: Wie sieht es mit Ihren Initiativen zum Bürokratieabbau aus?

Verheugen: Da kommt die große Masse der Vorschläge in der zweiten Hälfte dieses Jahres und in der ersten Hälfte des nächsten Jahres. Es kommt nicht jeder Vorschlag einzeln, es werden immer ganze Sektoren der Wirtschaft gemeinsam betrachtet, im Paket. Und um die Prioritäten praxisgerecht festzulegen, haben wir die Experten-Gruppe unter der Leitung von Edmund

Stoiber geschaffen. Diese Gruppe arbeitet ganz hervorragend. Das ist sehr hilfreich, dass wir erfahrene Leute haben, die sagen, ob wir auf dem richtigen Wege sind.

Frage: Das dürfte vor allem den mittelständischen Unternehmen helfen, so dass sie noch effektiver zum Jobmotor werden?

Verheugen: Ja, denn 80 Prozent der neuen Arbeitsplätze entstehen im Bereich der kleinen und mittleren Unternehmen, der sogenannten KMUs. Rechtsvereinfachung und Bürokratieabbau dienen in erster Linie den KMUs. Je kleiner ein Unternehmen ist, desto größer ist die relative bürokratische Belastung. Das kann bei einem Kleinbetrieb bis zu zehn Prozent des Umsatzes ausmachen. Bei großen Industrieunternehmen ist es sicherlich wesentlich weniger. Kleine und mittlere Unterneh-

men sind der wichtigste Wirtschaftsfaktor in der EU. Von ihnen kommen die neuen Ideen und Produkte. Hier liegt ein starkes, aber noch nicht vollständig ausgeschöpftes Potenzial.

Frage: Wo kann man das Potenzial weiter ausreizen?

Verheugen: Die europäischen KMUs haben im Vergleich zu jenen in den USA weniger unternehmerische Initiative, sie sind kleiner, sie wachsen langsamer und sie sind auch weniger international orientiert. Soweit diese Probleme auf europäischer Ebene lösbar sind, sind wir bereits darauf eingegangen. Zum Beispiel haben wir günstigere Finanzierungsmöglichkeiten für kleinere Unternehmen geschaffen. Wir haben für KMUs den Zugang zu allen europäischen Programmen und Projekten erleichtert. Die Verfahren wurden vereinfacht. Ich habe in einem Beschluss herbeigeführt, dass es in Europa möglich sein muss, ein Unternehmen in weniger als einer Woche zu gründen. In manchen EU-Ländern geht das inzwischen. Es gibt sogar ein Beispiel aus Deutschland.

Frage: Gibt es hierzu weitere Vorhaben?

Verheugen: In dieser Woche kam eine große letzte Initiative. Es ist zugleich die letzte große ökonomische Gesetzesinitiative dieser Kommission. Es ist eine Art europäisches Mittelstandsgesetz mit dem Namen „Small business act“. Der Grundsatz dabei lautet: Bei jeder politischen Entscheidung muss die Frage nach den Auswirkungen für kleinere und mittlere Unternehmen gestellt werden. Es wird eine Reihe gesetzlicher Maßnahmen geben, um bestehende Rahmenbedingungen für kleinere und mittlere Unternehmen zu verbessern. Dabei werden Vorschriften abgebaut. Dann gibt es einen Teil, in dem sich die Kom-

STICHWORT

Als kleines und mittleres Unternehmen (**KMU**) gilt in der EU eine Firma mit weniger als 250 Beschäftigten und einem Jahresumsatz von höchstens 50 Millionen Euro. Laut der EU-Statistikbehörde Eurostat gibt es in der EU 23 Millionen KMU. Das sind 99 Prozent aller europäischen Unternehmen. Die KMU stellen mit 100 Millionen Jobs zwei Drittel aller Arbeitsplätze in der Privatwirtschaft. 80 Prozent der neuen Jobs werden von den KMU geschaffen. (gio)
● Weitere Informationen zum „Small Business Act“ für die KMU:



ec.europa.eu/enterprise/entrepreneurship/sba_de.htm

mission zu konkreten Entscheidungen verpflichtet, um den Unternehmen das Leben zu erleichtern. Dazu gehört die Beteiligung an Normgebung und Standardisierung, ein leichter Zugang zu Patentrechten sowie Hilfen für mittlere und kleinere Unternehmen, wenn sie über ihren Standort hinaus wachsen wollen. Es ist eine sehr umfassende Initiative.

Frage: Plädieren Sie für einen Mentalitätswechsel in der Bevölkerung, für einen ausgeprägteren Drang hin zu mehr Selbstständigkeit?

Verheugen: Das ist ein wesentlicher Teil der Initiative: die Ermutigung zum Unternehmertum. In den USA ist das Unternehmertum gesellschaftlich viel stärker anerkannt als bei uns. Deshalb ist die US-Wirtschaft auch dynamischer. In den europäischen Schulen wird so gut wie kein Wissen über Unternehmertum vermittelt. Auch das muss sich ändern.

ZUM THEMA

Auch Mayer bringt Vereinfachung von Vorschriften voran

Vechtaer CDU-Europa-Abgeordneter erfolgreich mit radikaler Entrümpelung von Traktoren-Richtlinien



Zu Gast beim Vizepräsidenten der EU-Kommission: Der Vechtaer Europa-Abgeordnete Hans-Peter Mayer (CDU/links) und Redakteur Giorgio Tzimurtas (Mitte) im Gespräch mit Günter Verheugen (rechts).

Foto: Van Lierop

Brüssel/Vechta (gio) – Die Entrümpelung unnötiger EU-Vorschriften hat sich auch der Vechtaer Europa-Abgeordnete Hans-Peter Mayer (CDU/EVP) zum Ziel gesetzt. Mit Erfolg. Sein Vorstoß zu einer radikalen Vereinfachung der bislang mehrere hundert Seiten umfassenden EU-Richtlinien für die Anbringung von Beleuchtung und Schildern an Traktoren wurde mittlerweile von der EU-Kommission zur Aufgabe deklariert. Das teilte Mayer gestern dieser Zeitung auf Anfrage mit. Für

den CDU-Politiker ist dies „ein treffendes Beispiel dafür, wie im Laufe der Jahre zuviel Bürokratie zu einem Thema entstanden ist, die auf ein vernünftiges Maß reduziert werden kann und muss“. Dabei handle es sich um eine „konzertierte Aktion zwischen dem europäischen Parlament und der EU-Kommission“.

Mayer hatte im Februar im Straßburger Plenum des EU-Parlaments dafür plädiert, eine einzige Richtlinie grundsätzlicher Art zum Thema zu formulieren und die Details den EU-

Komitees für Normung zu überlassen – als Muster für alle ähnlichen Fälle. Um das Traktoren-Anliegen weiter anzuschieben, suchte Mayer in der Angelegenheit im Mai den Vizepräsidenten der EU-Kommission, Günter Verheugen, auf. Der Vorgang kam ins Rollen. Wie Mayer gestern erklärte, sei es wahrscheinlich, dass die EU-Kommission noch vor der Europa-Wahl im Juni 2009 einen Gesetzesvorschlag unterbreiten werde, über den das Parlament und der Rat abzustimmen haben.